Liebe Eltern,

wie Sie vielleicht schon aus den Medien erfahren haben, laufen seit dem 18. Januar Tarifverhandlungen für die rund 800.000 Angestellten der Bundesländer. Dazu zählen bundesweit auch etwa 200.000 angestellte Lehrkräfte, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und weitere pädagogische und therapeutische Fachkräfte an Schulen. Die Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite haben bisher kein Angebot für eine Lohnerhöhung vorgelegt. Das ist eine klare Provokation, auf die die GEW reagieren musste, indem sie ihre Mitglieder zu Warnstreiks aufgerufen hat.

Natürlich wissen wir als verantwortungsbewusste Pädagoginnen und Pädagogen, dass Unterrichtsausfall für Schülerinnen und Schüler sowie Sie als deren Eltern eine große Belastung darstellt. Arbeitskämpfe sind dafür aber nur äußerst selten die Ursache. Wesentlich häufiger fällt Unterricht aus, weil die Bundesländer zu wenige Lehrkräfte einstellen, um unvermeidlichen Unterrichtsausfall pädagogisch sinnvoll zu vertreten. Doppelbesetzungen werden gestrichen, Ganztagskurse und Unterricht fallen aus, weil die Beschäftigten an Schulen die stark gestiegene Arbeitsbelastung gesundheitlich nicht mehr durchhalten. Viele verzichten auf Gehalt und arbeiten, wenn sie es sich leisten können, freiwillig Teilzeit, um den Belastungen gewachsen zu sein. Gute, verlässliche Bildung kann es aber nur geben, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht und die Arbeitsbedingungen passen. Dafür streikt die GEW.

Daher sehen wir uns gezwungen, auch als engagierte PädagogInnen von unseren Grundrechten Gebrauch zu machen und zu streiken. Nur so können wir gegenüber den Arbeitgebern deutlich machen, dass wir hinter den Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW und den übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stehen. Die GEW fordert eine Gehaltserhöhung im Gesamtvolumen von sechs Prozent. Dabei geht es auch um den Gleichklang der Gehälter im öffentlichen Dienst und die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes. Die Gehälter der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen liegen ab dem 1. Februar ca. vier Prozent höher als die der Landesbeschäftigten. Im dort geltenden Tarifvertrag TVöD gibt es in allen Entgeltgruppen eine sechste Erfahrungsstufe, die im Tarifvertrag der Länder (TV-L) in den höheren Entgeltgruppen fehlt. Für uns hört die Gehaltsentwicklung auf der Basis von Erfahrungsstufen schon nach zehn Jahren auf. Eine langjährige Sozialpädagogin einer Hamburger Schule beispielsweise hat damit fast 500€ brutto weniger im Portemonnaie als eine vergleichbare Kollegin, die an einer Schleswig-Holsteinischen Schule von der Gemeinde bezahlt wird.

Deshalb ist es unvermeidbar, dass sich gerade die Pädagoginnen und Pädagogen der Hamburger Schulen an den Warnstreiks spürbar beteiligen. Eine andere Möglichkeit, die berechtigten Forderungen durchzusetzen, gibt es leider nicht.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und danken für Ihr Verständnis.

Ihre Pädagoginnen und Pädagogen der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW Hamburg, Birgit Rettmer, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, www.gew-hamburg.de, info@gew-hamburg.de